Sister Resist

jetzt neu:
T-Shirts und Taschen in
vielen bunten Farben.

Erhältlich im
ausgewählten
Fachhandel

TERMiT

Linke Emanzipatorische Flugschrift mit Terminen

INKL. XL TERMIN PLAN

November 2011 N°14

Die Pogrome gegen Roma und Sinti stoppen

Antiziganistischer Hetze entgegentreten!

Derzeit erleben wir wieder verstärkt pogromartige Zustände und Stimmungen gegen Roma und Sinti in Teilen Europas. Es gibt Protestmärsche gegen sie, sie werden schikaniert und bedroht, um sie herum wird abgesperrt, Häuser werden angezündet, sie werden vertrieben, manchmal auch brutal ermordet. Behörden schauen zum Teil einfach zu oder weg und die Polizei versucht lediglich das Schlimmste zu verhindern. Gegenstrategien gibt es keine. Symptomatisch hierfür stehen zurzeit aktuelle Entwicklungen in Bulgarien und Tschechien.

„Tschechien den Tschechen, Zigeuner ins Gas!“ oder „Roma zur Arbeit“ sind nur einige der völkisch-nationalistisch und rassistisch motivierten Hetzparolen mit der sich Neonazis und RassistInnen derzeit an die Spitze von Protesten gegen Roma und Sinti in Tschechien stellen. Dabei bedienen sie sich latent vorhandener antiziganistischer Bilder und Stereotype, um Ängste und Hass zu säen sowie Pogrome zu initiieren und auch durchzuführen. Diese Proteste u.a. organisiert von der neonazistischen „Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit“ finden seit mehreren Wochen u.a. im tschechischen Grenzgebiet zu Deutschland in Sluknow, Nový Bor, Varnsdorf, Rumburk aber zuletzt auch unangemeldet in Prag statt. Daran nahmen teilweise auch Neonazis aus Deutschland teil.
In Bulgarien herrschen derzeit ähnliche Zustände und darüber hinaus ist Wahlkampf. „Türken unters Messer“ und „Zigeuner zu Seife“ lauten dort u.a. die Hetzparolen von Fußball-Hooligans und Anhängern der neofaschistischen Partei Ataka bei Protesten gegen Roma und Sinti in mehreren Städten. Latent vorhandener Antiziganismus in der bulgarischen Bevölkerung wird hier zum Stimmenfang im Wahlkampf benutzt und geschürt.

Als Anlass dienten einerseits Kneipenschlägereien im August in Tschechien und der daraus resultierende Versuch Roma und Sinti als ganze Bevölkerungsgruppe zu kriminalisieren sowie als Sündenböcke für alle gesellschaftlichen Probleme zu stilisieren. In Bulgarien wird dagegen ein (absichtlicher?) Verkehrunfall vom 23. September im Dörfchen Katunitsa für antiziganistische Hetze instrumentalisiert. Vorangegangene private Streitigkeiten sowie eine daraufhin unterstellte Tötungsabsicht bei dem Verkehrsunfall bildeten den Funken, der die schon lange im Vorfeld betriebene Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Spannungen und Fehlentwicklungen zur Explosion brachten. Drei Häuser und Pkw`s gingen daraufhin in Flammen auf und die betroffene Roma-Familie musste evakuiert werden. Auch hier erscheint es einfach, nicht nur aber insbesondere in Krisenzeiten Minderheiten zu Sündenböcken zu konstruieren und rassistische Motivationen bei Teilen der so genannten einheimischen Bevölkerung zu nutzen bzw. weiter zu schüren.
Dafür werden z.B. einzelnen Straftaten ein rassistischer Hintergrund zugeschrieben bzw. Kriminalität gleich ganz ethnisiert und kulturalisiert. Auch VertreterInnen aus Politik, Medien und Gesellschaft beteiligen sich daran. So wurde und wird die Verantwortung der Politik für eine so genannte Ghettoisierung bzw. Isolierung von Roma und Sinti, hohe Erwerbslosigkeit, horrende Mietpreiswucherei und Perspektivlosigkeit sowie Bildungsarmut entweder geleugnet, oder ihnen selbst zugeschrieben. Auch Versuche einen angeblich organisierten stetigen Zuzug zu suggerieren, um Ängste zu schüren, sind feststellbar. Gerade Länder und Regionen mit besonders starken sozialen Verwerfungen bieten dafür den idealen Nährboden, um Sündenbocktheorien etablieren und so Teile der Bevölkerung gegeneinander aufhetzen zu können. Populistische Lösungsvor-

Wie kann ich mitmachen?

1. Eigene Termine und Veranstaltungen ankündigen: Termine auf *kritisches-salzburg.net* eintragen.
Redaktionsschluss: 25. des Vormonats.
2. Kommentare, Diskussionsbeiträge und Artikel: Das jeweilige Redaktionsteam entscheidet, was in die Printversion kommt. Online sind alle Beiträge (sofern sie nicht Unterdrückungsmechanismen reproduzieren) einzusehen: *kritisches-salzburg.net* – Forum – Termit.
Einreichen: per Mail an: termit@kritisches-salzburg.net oder online auf kritisches-salzburg.net oder „Old-School“ im Postkasten des Infoladen oder des SUB.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats
3. Verbreitung: „copyleft“: Der Termit lebt von selbstständiger Verbreitung durch Mund- und Printpropaganda.

Wo liegt der Termit auf?

* Arge WDV, Ulrike-Gschwandtner-Str. 5
* Alchimist belge, Bergstraße 10
* Atelier Sissi
* Bricks, Lederergasse 8
* Denkmal, Nonnthalerhauptstrasse 1
* Infoladen Salzburg, Lasserstraße 26
* Infoladen Wels, Anzengruberstraße 8
* Jambo, Krotachgasse 7
* Solidaritätskomitee Mexiko Salzburg
* ÖH Salzburg, Kaigasse 28
* Radiofabrik, Ulrike-Gschwandtner-Str. 5
* Rechtshilfe Salzburg
* schulterratten.wordpress.com
* Studio West, Franz-Josef-Straße 20
* Sub Salzburg, Müllner-Hauptstraße 11b
* Jazzit, Elisabethstraße 11

Wollt auch ihr hier vertreten sein? Meldet euch bei uns!

Kontakt

Blog: termit.kritisches-salzburg.net
Mail: termit@kritisches-salzburg.net

kritisches-salzburg.net – Termine
kritisches-salzburg.net – Forum – Termit

schenrechtsbeobachter_innen für die mexikanischen Bundesstaaten Chiapas und Guerrero. Hier im speziellen im Aufbau der Menschenrechtsbeobachtung im Bundesstaat Guerrero und die Unterstützung von Kampagnen zur Freilassung politischer Gefangener.
Uns ist wichtig, internationale Zusammenhänge nicht als Naturereignisse zu verstehen und auch nicht als bloße »Zuseher_innen« von außen zu kommentieren. Sondern im Rahmen unserer individuellen und kollektiven Möglichkeiten aktiv und praktisch an ihrer Gestaltung zu arbeiten.
Wer gerne mitarbeiten möchte beim alljährlichen Glühweinstand, in der Vorbereitung von Veranstaltungen oder an Mexiko-Soliarbeit interessiert ist, einfach melden unter:
soli-netz-sbg@gmx.at

Nähere Informationen zu uns und befreundeten Gruppen findet ihr hier:
www.solinetz.at
www.tlachinollan.org
www.frayba.org.mx
desinformemonos.org

Mi 09.11. 19 Uhr SUB

agitare bene: Überflüssige

Was es heißt im Kapitalismus „brauchbar“ oder „überflüssig“ zu sein

Immer wieder hört und liest man von „überflüssiger Bevölkerung“. Sarrazin hat von „Überflüssigen“ geschrieben, und auch in Bezug auf die „Dritte Welt“ spricht so manche_r davon, dass es zu viele Menschen gäbe und man diese nicht „brauchen“ könne. Aber was heißt das denn: Man „braucht“ einen? Wofür denn? Und wer bestimmt denn, wie viele Menschen es braucht? Wer ist das „man“, das eine_n braucht oder nicht braucht?
Im Zuge des Diskussionsabends klären wir gemeinsam, was es heißt, im Kapitalismus „brauchbar“ zu sein. Es wird sich dabei zeigen, dass es keine gemütliche Sache ist, „brauchbar“ zu sein – und dass es noch viel ungemütlicher ist, „überflüssig“ zu sein.

Wer mehr über die Basisgruppe Gesellschaftskritik wissen will und keine Termine verpassen will: geskrit.wordpress.com

Englisch für Supergscheide:

1. he made himself me nothing you nothing out of the dust – er machte sich mir nichts, dir nichts aus dem staub
2. I believe you have the ass open – ich glaub du hast den arsch auf!
3. that makes me so fast nobody after = das macht mir so schnell keiner nach
4. I think I hear not right = ich denk ich hör nicht richtig
5. give not so on = gib nicht so an
6. Human Meier = Mensch Meier
7. now we sit quite beautyful in the ink = jetzt sitzen wir ganz schön in der tinte
8. you have not more all cups in the board = du hast nicht mehr alle tassen im schrank
9. you are heavy in order = du bist schwer in ordnung
10. I know me here out = ich kenn mich hier aus

Schulterrattencomix von Peter. W.

Verschlüsselung tötet kleine Kätzchen

Nachdem ich nun eure Aufmerksamkeit habe, muss gesagt werden: Im Umgang mit PC und Internet ist Sicherheit natürlich eine sinnvolle Sache. Sich Fertigkeiten in diesem Bereich anzueignen und diese anzuwenden ebenfalls.

Aber es gibt etwas dass noch schlimmer ist als fehlende Sicherheit. Und das ist subjektive Sicherheit. Während die objektive Sicherheit die statistisch und wissenschaftlich nachweisbare Sicherheit meint (beispielsweise in Bezug auf Unfalldaten), meint die subjektive Sicherheit die „gefühlte" Sicherheit. (wikipedia)
Stellen wir uns diese (nicht ganz so fiktive) Situation vor:
Ein linkes Zentrum besitzt einen PC. Nachdem sich die AktivistInnen der möglichen Repression des Staates bewusst sind, verschlüsseln sie den Inhalt des PC's vollständig. Soll heissen: Beim Hochfahren des Computers muss zuerst ein Passwort eingegeben werden, damit überhaupt das Betriebssystem gestartet wird.
"Fein" möchte mensch im ersten Moment denken. Das schadet sicher nicht und erhöht die Sicherheit. Stimmt nur leider nicht. Es reicht nicht nur die technische Seite von Sicherheit zu sehen. Es ist auch notwendig zu wissen in was für einen Kontext die Technik verwendet wird.
Im angesprochenen linken Zentrum gibt es viele AktivistInnen die Zugriff auf den PC brauchen. Daher wird das Passwort für den PC des Computers auch recht freigiebig weitergegeben.
Um auf den Inhalt des Computer zugreifen zu können, ist es also nicht notwendig technische Fähigkeiten zu besitzen.
Social Engineering nennt man zwischenmenschliche Beeinflussungen mit dem Ziel, unberechtigt an Daten oder Dinge zu gelangen. Social Engineers spionieren das persönliche Umfeld ihres Opfers aus, täuschen falsche Identitäten vor oder nutzen Verhaltensweisen wie Autoritätshörigkeit aus, um geheime Informationen oder unbezahlte Dienstleistungen zu erlangen. Meist dient Social Engineering dem Eindringen in ein fremdes Computersystem, um vertrauliche Daten einzusehen; man spricht dann auch von Social Hacking (wikipedia)
Mittels Social Engineering können oft technische Hürden problemlos ausgehebelt werden. Zurück zu unserem Beispiel: Wie kann das linke Zentrum nun damit umgehen?
Eine Möglichkeit wäre es, das Passwort nur einer kleinen Anzahl von Menschen zu verraten und dieses regelmässig zu ändern. Das würde die Sicherheit erhöhen. Jedoch um einen hohen Preis: Die Möglichkeit anderer AktivistInnen den PC zu nutzen ist nur gegeben, falls Menschen mit dem Wissen über das Passwort anwesend sind. Der PC wird also nur mehr selten genutzt – oder realistischerweise: Es wissen doch wieder viele über das Passwort bescheid.
Die sinnvollere Lösung: Den PC gar nicht erst verschlüsseln, dies aber kommunizieren. So ist die Benutzung des PCs nicht umständlich oder für eine nur klein Schar am Menschen möglich. Sensible Daten werden in Erwartung von "Sicherheit" nicht gespeichert. Dies erhöht so also paradoxerweise die objektive Sicherheit insgesamt.
Nochmal zur Bekräftigung: Sicherheit sollte in vielen Situationen beachtet werden. Verschlüsselungen haben ihren Sinn und werden zu selten verwendet. Die Technik sollte jedoch nie isoliert von ihrer Verwendung betrachtet werden.
Absolute Sicherheit gibt es sowieso nicht – erhöhte Sicherheit kann aber auch auf Kosten von Spontanität und barrierefreien Einstieg in politischen Gruppe gehen.

Gedrucktes aus und um Lateinamerika.

Der Plan ist, Nachrichten aus Lateinamerika einer interessierten Öffentlichkeit, via Termit regelmässig zugängig zu machen. Als Einstieg gibt es dieses mal eine Vorstellung und den Überblick über unsere Arbeit.
Das Solidaritätskomitee Mexiko Salzburg versteht sich als offene und unabhängige Gruppe. Wir sehen die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen von links und von unten. Unsere Themen ergeben sich aus aktuellen politischen und sozialen Entwicklungen, in erster Linie in Mexiko und in Österreich. Hauptanliegen ist das Einfordern und Durchsetzen der unteilbaren Menschenrechte. Wenn wir von Menschenrechten sprechen, beziehen wir uns nicht nur auf zivile und politische Rechte, sondern auch auf soziale, kulturelle, wirtschaftliche sowie Umweltrechte.
Mit Vorträgen und Diskussionen informieren wir über diese unterschiedlichen Kämpfe und deren Rahmenbedingungen. Dazu laden wir u.a. AktivistInnen aus Lateinamerika ein, deren Berichte zur Situation vor Ort ein direktes und authentisches Bild zeichnen.
Jeden zweiten Freitag im Monat (von 18 -19 Uhr) gibt es auf der Radiofabrikfrequenz (107,5 Mhz) unsere Sendung „Mexiko Anders" zu hören. Wo wir über Themen berichten, die im Zusammenhang mit unseren Arbeitsschwerpunkten stehen.
Unser derzeitiger Fokus liegt in der Ausbildung und Betreuung von Men-

schläge, wie mehr Polizei, gemeinnützige Stellen als „Gegenleistung" für Sozialhilfe oder Pläne zur Bekämpfung der Ghettobildung sind nicht nur realitätsfern, sondern taugen ebenfalls lediglich zur Ablenkung von Ursachen, VerursacherInnen und ProfiteurInnen, denn als Lösung gegen eine fortgesetzte Ausgrenzung oder zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten. Sie dienen Neonazis, RassistInnen und RechtspopulistInnen als Anknüpfungspunkte und Legitimationsstrategien.
Übergriffe und Selbstjustiz sind die Antwort auf die Jahrzehnte lange Unfähigkeit, Untätigkeit bzw. Unwilligkeit der politischen Eliten gesamtgesellschaftliche Probleme wie Rassismus sowie soziale Ausgrenzung von den systembedingten Ursachen und nicht von den Symptomen heraus zu thematisieren und zu bekämpfen. Ursachen und Auswirkungen werden darüber hinaus einfach verdreht, um Symptome sozialer Ausgrenzung durch Stimmungsmache zur Legitimation von Repressionen und zur Erhöhung des Anpassungsdruckes zu benutzen. Eine Akzeptanz dafür ist durch breit vorhandenen Rassismus und Antiziganismus größtenteils schon geschaffen worden. Bulgarien und Tschechien sind da keine Einzelfälle. Weder in Osteuropa noch in anderen Teilen Europas wurde Roma und Sinti je eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe ermöglicht. Kontinuitäten bei der Ausgrenzung von Minderheiten und ihre Benutzung als Sündenböcke lassen sich trotz der historischen Verantwortung nach dem Völkermord der Nazis an Ihnen auch weiterhin feststellen. Weder die EU noch deren Mitgliedsstaaten können bis heute wirkungsvolle Gegenstrategien oder Konzepte gegen Antiziganismus und Rassismus vorweisen. Reine Symbolpolitik oder Repressionen und Anpassungsdruck unter dem Deckmantel einer vorgeschobenen so genannten „Integrationsdebatte" sind die einzigen „Angebote". Abschiebungen in eine unsichere, nicht selten existenzbedrohende Zukunft sind ebenfalls die wahrgenomme und akzeptierte Normalität.

Wir wollen das nicht länger hinnehmen. Eine solidarische Gesellschaft kann nur über die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen realisiert werden. Soziale Ungerechtigkeit und Armut sowie Rassismus müssen daher aktiv bekämpft werden. Menschen lediglich auf ihre Nützlichkeit im Sinne ökonomischer Verwertbarkeit zu reduzieren sowie unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen ist zutiefst unmenschlich und bietet den Nährboden für Ungleichwertigkeitsideologien, Ausgrenzung und Sozialchauvinismus.

Eine Chronologie der Ereignisse in Bulgarien

Ein Vorfall in der Stadt Katunitza ist von rechten Gruppen, Hooligans und Parteien missbraucht worden, um in Bulgarien nationale Krawalle vom Zaun zu brechen. In vielen Städten gab es Demonstrationen und Versuche von Hooligans und Neonazis Zugang zu Vierteln zu bekommen, in denen Roma leben. Die Präsidentschafts- und Kommunalwahlen am 23. Oktober stacheln die Übergriffe noch zusätzlich an. Im Folgenden soll anhand von Augenzeugen- und Medienberichten versucht werden, die derzeitige Situation in Bulgarien zu beschreiben.

Freitag, 23. September

Am Freitag, den 23. September stirbt der 19-jährige Angel Petrov in Katunitza, einer knapp 3000 Einwohner Stadt. Angeblich soll ein Bekannter der für Kiril Raskov, einem Mafiaboss, arbeitet den Kleinbus gefahren haben, von dem der Jugendliche überfahren wird. Gerüchte besagen, der Unfall war absichtlich herbeigeführt worden. Der Fahrer flieht vom Unfallort, vor dem Haus von Raskov gibt es erste Proteste.

Samstag, 24. September

In Katunitsa kommt es abermals zu Protesten gegen den fast 70-jährigen Mafiaboss, hunderte Fußballhooligans kommen hinzu. In Folge brennt zunächst ein Haus der Familie und ein Mercedes, die Polizei greift zunächst nicht ein. Später kommen weitere Polizeieinheiten aus Plovdiv, sie können den Brand von zwei weiteren Häusern in verschiedenen Bereichen der Stadt nicht stoppen. Einige Anhänger des regionalen Fussballclubs Botev versammeln sich und singen rechtsradikale Lieder. Der herzkranke 16-Jährige Pavel Tolev bricht während der Riots zusammen und stirbt später im Hospital. Die Polizei bringt Kiril Raskov und seine Angehörigen unter starkem Polizeischutz aus der Stadt. Es gibt 24 Festnahmen, 3 Polizisten und 2 Zivilisten werden verletzt.

Demonstranten in der Stadt Plovdiv im Viertel Stolipinovo, einem Viertel mit hoher Roma Population, versuchen einen Club in Brand zu stecken. In der Dzhumaya Moschee kommt es zu Angriffen auf eine türkische Hochzeit.

Sonntag, 25. September

Am Sonntag, den 25. September versammeln sich Demonstrierende auf dem Saedinenie Platz in Plovdiv. Hier nehmen hunderte von Bikern teil, sie kommen von einem Treffen in Sopot. Die Demonstrationen werden größtenteils auf Facebook organisiert, es wird zu Anti-Roma-Kundgebungen aufgerufen und es existieren Facebook-Gruppen mit Namen wie "Tod Zar Kirov – Auge um Auge, Zahn um Zahn". Die Partei Ataka ruft ebenso zum Protest gegen die Roma auf. Hunderte von Roma verlassen ihre Häuser und blockieren eine Straße in der Nähe des Maritsa Flusses. Auf Grund der hohen Gewaltbereitschaft der Demonstrierenden haben sich einige von ihnen mit Stöcken bewaffnet.

Laut Radio Bulgarien sollen 5000 Menschen auf dem Friedhof in Katunitza an der Beerdigung von Angel teilgenommen haben, die Polizei ist in der Stadt massiv präsent.

Der Unfallverursacher wird von der Polizei in der Nähe der türkischen Grenze festgenommen.

Montag, 26. September

Hunderte gewalttätige DemonstrantInnen werden in Plovdiv festgenommen, die aus einer Demonstration

ausbrechen wollen. Die Anzahl der Demonstrierenden beträgt dort 3000, sie werfen mit Steinen, Flaschen und Straßenschildern. Die Menge besteht aus vielen rechten Gruppen, Neonazis und Fußballhooligans. Auf dem Maria Luiza Boulevard kommt es zu Ausschreitungen als die Menge nach Adzhasan Mahala, einem Roma Viertel, vorrücken will. Ein Kameramann des Senders bTV wird angegriffen, seine Kamera zerstört, er flüchtet in seinem Auto.

In Sofia protestieren ungefähr 1500 Menschen, einige von ihnen versuchen das Parlament und die Moschee anzuzünden, dieser Versuch scheitert jedoch. Die Protestierenden rufen dabei Dinge wie: "sterbt Zigeuner!", "Zigeuner zu Suppe", oder "Türken unters Messer". Ebenso versuchen einige Protestierenden in benachbarte Roma Viertel zu gehen, was allerdings durch die starke Polizeipräsenz verhindert wird.
Auch in Varna versammeln sich Tausende, Gruppen versuchen in Roma Gebiete zu gelangen, dies scheitert jedoch ebenfalls, es gibt mindestens 18 Festnahmen.
In Pleven wird die Hauptverwaltung der "Bewegung für Rechte und Freiheit" angezündet, einer Organisation der türkischen Minderheit.
In Burgas gibt es einen Versuch einige Roma-Frauen zu kidnappen, dies wird durch die Polizei verhindert. Einer der VeranstalterInnen der Proteste wird verhaftet, 600 Menschen nehmen am Protest teil.
Auch in Pazardzhik und Veliko Tarnovo gibt es Proteste.
In Katunitza wird ein "Tag der Trauer" begangen, Bulgariens Staatspräsident Georgi Parvanov und Ministerpräsident Boiko Borissov rufen zum Frieden zwischen den Volksgruppen auf.
In ganz Bulgarien sind bisher 127 Leute wegen der nationalistischen Krawalle festgenommen worden.

Dienstag, 27. September

Die Proteste beginnen um 19:00, es gibt erste Nachrichten aus einigen Städten.
In Varna stehen 1000 Menschen vor dem Roma Viertel Maksuda, es gibt zahlreiche Verhaftungen als sie versuchen das Viertel zu betreten.
In Sofia sind Sirenen zu hören, es gibt Gerüchte über Ausschreitungen in Downtown Sofia, in der Nähe des Parlaments, die aber von der Polizei gestoppt wurden.

Der folgende Text, ist der zweite Teil eines Reiseberichts. In den folgenden Termiten könnt ihr die weiteren Teile lesen. Paralell dazu gibt es 3 Termit-Radio Sendungen zu diesem Thema mit Interviews, die vom Autor während der Reise geführt wurden. Zu hören sind diese als Podcasts am Termit Blog unter der Rubrik Radio.

Hoffnung an den Graswurzeln

Israel und Palästina – Ein Reisebericht #2

Jerusalem

Mein nächster Stopp ist die heilige Stadt Jerusalem, oder al Quds, wie es im Arabischen heißt. Es erwartet mich eine neue Welt, was hier heraus sticht, ist die religiöse Symbolik. Viele Christen, Juden und Moslems sehen hier das Herzstück ihres Glaubens. Das führt zu sehr seltsamen Begegnungen. Neben Pilgern aus der ganzen Welt, Mönchen, Kreuzschleppern und Messias-Verschnitten, prägen die ultraorthodox jüdischen Haredim, die Gottesfürchtigen, das Stadtbild in Westjerusalem. In Mea Shearim, einem von den Haredim vereinnahmten Stadtteil, darf ich eine Zeitreise begehen. Ganz nach dem Motto: was vor 100 oder 250 Jahren gut war, muss es auch heute noch sein, wird hier ein Leben der alten Schule geführt und propagiert. Alle Männer tragen elegantes schwarz, ein weißes Hemd und einen Hut, unter dem die Schläfenlöckchen hervorschauen. Wenn es regnet wird eine Plastikfolie über den Hut gestülpt, was dann zwar das aktuelle Jahrhundert verrät, aber den Hut trocken hält. Frauen, immer im Kleid, haben stets einen Kinderwagen dabei, die Durchschnittsfamilie hat um die acht Kinder. Dieser, übrigens zum Großteil religiös bedingt anti-zionistisch eingestellter Teil der Gesellschaft, stellt derzeit etwa ein Zehntel der israelischen Gesamtbevölkerung und hat auch reichlich Einfluss in die Stadtpolitik Jerusalems. Die Stadtregierung sieht meist ratlos zu, wenn die ultraorthodoxen Juden in einigen Vierteln ihre eigenen Gesetze walten lassen. Vor allem für Frauen, wenn falsch gekleidet oder in bestimmten Buslinien im vorderen „Männerbereich" sitzend, kann es durchaus gefährlich werden. Für Leute, die den Sabbat nicht befolgen, gibt's Schimpf oder Steine.
Selten habe ich Religionen als so absurd empfunden wie hier in Jerusalem, das arrogante „ich zeig dir den richtigen Weg" von allen Seiten widert mich an. Gut, dass Purim ist, da wird sowieso gesoffen und das Leben genossen. Dieses Gelage soll an Königin Esters Rettung des jüdischen Volkes vor dem persischen Haman erinnern, so gibt's vier Tage lang Lebensfreude, Party und Straßen voller verkleideter junger Menschen. Die besten Kostüme schienen mir zwei mutige Terroristen und einige Haderims, wobei ich

„Kommunistischer" Black-Block?

Zu den Ereignissen in Rom vom 15. Oktober 2011

Die Occupy Wall Street Bewegung breitet sich von New York ausgehend immer weiter aus. So kam es auch, dass am 15. Oktober in mehr als 80 Staedten weltweit zu Protesten aufgerufen wurde. In Rom gingen 150.000-200.000 Menschen auf die Strasse um gegen die Machenschaften der Banken zu Protestieren. Hier trafen KritikerInnen des Finanzsystems, durch OWS inspieriert, auf jene politischer Hierarchien, von den Indignades inspiriert. 2 äußerst diffuse Bewegungen, die kaum bis gar nicht im derzeitigen europäischen Parteienspektrum ihren Platz finden – Unterstützung erfährt die Bewegung von sozialen ChristInnen über dogmatische MarxistInnen bis hin zu anarchistischen und autonomen AktivistInnen. Eine Konstellation, wo bei italienischen Machthabern traditionsgemäss die „antikommunistischen" Alarmglocken schellen. Eine potenzielle Massenbewegung, die gegen herrschende ökonomische und politische Verhältnisse aufbegehrt. Vergleiche mit der StudentInnen-Bewegung und der ArbeiterInnen-Bewegung der späten 60er sowie mit dem „Volk von Seattle" drängen sich notgedrungen auf, oberflächlich betrachtet zumindest.

Ein Fakt ist nun, dass im Gegensatz zu den Kundgebungen in anderen europäischen Städten, es in Rom zu Zusammenstössen zwischen DemonstrantInnen und OrdnungshüterInnen kam. Brennende Gebäude, die entpflasterte Piazza St. Giovanni und vor allem ein brennender Einsatzwagen der Carabinieri machten schnell die Runde via Medien und Social Networks. Auch Schuldzuweisungen für die Ausschreitungen waren sofort parat. Verantwortlich für das Chaos war der „Black Block" – für den einen eingekaufte (faschistische) SchlägerInnen – wenn nicht gleich PolizistInnen in Zivil, für andere die „kommunistische" Gefahr aus den besetzten Häusern.
Als Reaktion auf die Ausschreitungen verhängte der römische Bürgermeister und ehemalige Landwirtschaftsminister Gianni Alemanno ein einmonatiges Demonstrationsverbot für die Hauptstadt und der Innenminister Roberto Maroni kündigte eine Ausweitung seiner umstrittenen Law & Order Politik dahin gehend an, dass die sogenannte „Legge Anti-Ultrá" (Anti-Hooligan Gesetz) auch auf politische Kundgebungen ausgedehnt werden soll. Dieses Gesetz sieht vor, dass neben Meldepflicht „gewaltbereiter Hooligans" bei Großveranstaltungen, was bereits jetzt schon vermehrt linke AktivistInnen trifft, auch die Möglichkeit beinhaltet „in flagranti" ertappte RandalierInnen sofort einem Richter vorzuführen und auf schnellen Weg zu verurteilen. Mit Unterstützung durch Antonio Di Pietro kam auch die Einführung der „Legge Reale", ein deja vu der Sondergesetze der 70er Jahre zur Bekämpfung des Terrorismus, ins Gespräch, das unter Anderem exemplarische Verurteilungen und härtere Strafen für Straftaten vorsieht.
Es wurde in deisem Kontext wieder der Mythos der gut ausgebildeten, militärisch organisierten (linken) Gewalttäter bemüht. Ein in La Repubblica vom 17.10. veröffentlichtes Interview mit einem gewissen F., 30, prekär beschäftigter Akademiker spielt hierbei den BefürworterInnen der Law & Order Politik offensichtlich in die Hände. F. behauptet in besagtem Interview vom „Black Block" zu sein und sich mit Gleichgesinnten über ein Jahr lang auf diese Ausschreitungen vorbereitet zu haben. Er behauptet weiter, dass der pazifistische Teil der Bewegung von seinem Vorhaben gewusst hatte, nimmt also die Gesamtheit der AktivistInnen mit in die Verantwortung. Stinkt gewaltig. Nicht nur, weil es unwahrscheinlich ist, dass ein Aktivist ein Interview gibt, auch die Tatsache, dass die Occupy-Bewegung in Europa eher spontan angekommen ist macht ihn unglaubwürdig. Nichts desto trotz ist das Wasser auf die Mühlen der Hardliner.
Von den während den Ausschreitungen festgenommenen Personen konnte bei keineR Verbindungen zur autonomen, Hausbesetzer- oder Hooliganszene festgestellt werden. Dies hielt allerdings die OrdnungshüterInnen nicht davon ab, italienweit Durchsuchungen in autonomen Zentren (Centri sociali) an den darauffolgenden Tagen durchzuführen.

Anmerkungen:

„kommunistisch" bezieht sich darauf, dass alles was nicht mit der Regierung Berlusconis einhergeht, von dieser als „kommunistisch" bezeichnet wird – unabhängig der tatsächlichen politischen Ausrichtung.

Gianni Alemanno (PdL): ehemaliger neofaschistischer Aktivist des Fronte della Gioventú. War in diversen Verfahren wegen gewalttätigen Ausschreitungen angeklagt, stets frei gesprochen.

Roberto Maroni (Lega Nord): ehemaliger Aktivist der linksalternativen Democrazia Proletaria, später Mitstreiter Umberto Bossis für ein unabhängiges Padanien. Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt. Die Anklage wegen Angriff auf die Verfassung und die Schaffung einer paramilitaerischen Organisation musste aufgrund einer Gesätzesaenderung fallengelassen werden.

Antonio Di Pietro (IdV): ehemaliger leitender Ermittler im Schmiergeld-Skandal (Mani Pulite), ehemaliger Infrastrukturminister der Mitte-Links Regierung Prodis.

Tausende Packungen Riopan, von den Apotheken gespendet, werden verteilt um die Tränengaswirkung zu mildern. An jeder Ecke knallt und brennt es. Alles was nicht unzerstörbar ist, wird zerstört, die nihilistischen Kräfte der Großstadt sind aktiviert. Da die Mülldeponien seit mehreren Tagen auf Streik sind, gibt es genügend Brennmaterial, alle Mülltonnen, Tavernenmobiliar, Kioske, Autos und, wie üblich, die Wachpostenhütte vor dem Parlament stehen in Flammen. Das Touristenviertel Plaka wird komplett umgestaltet, einige Geschäfte werden ausgeräumt und an jeder Ecke ist jemand am Werken, der Polizei bleibt oft nur der Rückzug als Option. Erst am späten Abend beruhigt sich die Lage wieder, morgen ist ja auch noch ein Tag.

Am zweiten Streiktag sind deutlich weniger als die geschätzte halbe Million vom Vortag auf den Straßen. Heute gibt es im Parlament wieder eine Abstimmung für ein Spargesetz und so machen sich alle wieder Richtung Syntagma auf. Heute gehört der obere Platz vor dem Parlament den AnhängerInnen der stalinistischen KKE und deren Gewerkschaft Pame. Ein absurdes Szenario entsteht, für andere ProtestlerInnen gibt es kein durchkommen, eingehakt und mit Fähnchen-Schlagstock bewaffnet, wird versucht das Parlament und die Absperrungen der Polizei zu schützen. Eines sieht mensch den Jungs und Mädls sofort an, sie haben jahrelange Straßenkampferfahrung, von denen brauch keineR mehr eine Maske gegen Tränengas. Sie sind so etwas wie das Establishment auf Demonstrationen in Griechenland, stehen in Kontakt mit den StaatsbeamtInnen und geben auch heute den PolizistInnen die Anweisung nicht im Kampf gegen die AnarchistInnen einzuschreiten. Es kommt zu einer Schlacht zwischen den ParteigängerInnen und AnarchistInnen. Mit Steinen, Flaschen, Holz- und Eisenstangen, Hämmern und Molotovcocktails attackieren sich die, speziell in der griechischen Geschichte, schon oft aneinandergeratenen Gruppen. Dazu gibt es massive Angriffe auf das Parlament, auf die mit massivem Tränengas- und Schockgranaten- Beschuss der Polizei geantwortet wird. Im selbstorganisierten Ambulanzbereich am Syntagma herrscht reges Treiben, insgesamt stehen rund fünfundzwanzig Demonstrations-SanitäterInnen für zehntausende Menschen zu Verfügung. Immer wieder kommt es zu Tumulten rund um den Sanitätsbereich, weil zu wenig HelferInnen vor Ort sind. Später bilden hundert Menschen einen Korridor um die Verletzten der Kampffront schneller zum Sanitätsbereich durchzubringen. Es gibt einige schwere Kopfverletzungen, Knochenbrüche, viel Blut und ein Herzinfarkt. Der 53 jährige Dimitris K., Pame- Mitglied, erleidet im massiv vertränengasten oberen Syntagma einen Herzinfarkt und wird auf einer Holzplatte zu den SanitäterInnen gebracht. Er ist noch ansprechbar, kann sich jedoch nicht bewegen und schwebt am Rande der Bewusstlosigkeit. Nach gefühlten Ewigkeiten bahn sich ein Rettungswagen den Weg durch die Masse, doch noch am Weg ins Krankenhaus verstirbt K.. Kurz darauf wird der Syntagma von der Polizei gewaltsam geräumt, auch der Sanitätsbereich wird regelrecht weggefegt. Die Gewalt verlagert sich wieder in die Plaka, alles was den gestrigen Tag überstanden hat, wird heute zerstört. Nach einigen Stunden wird auch die Plaka durch massiven Tränengasbeschuss leergeräumt. Eine letzte Tränengaswolke watscht mich in die U- Bahnstation Monasteraki, viele Leute suchen dort Schutz und ringen nach Luft und die letzten Riopan-Reste werden aufgebraucht.

Die Bilanz der Streiktage, ein Toter, wie sooft enormer Sachschaden, eine erfolgreiche Parlamentsabstimmung für weitere Sparmaßnahmen und ein offen ausgebrochener Kampf zwischen StalinistInnen und AnarchistInnen. In der folgenden Nacht werden in ganz Griechenland Parteizentralen von KKE und Pame, mitunter mit Brandbomben, attackiert. Dieser Konflikt kann aber nicht als Spaltung der linken Bewegung verstanden werden, da diese Gruppen niemals gleiche Wege beschritten und in ihren Ansichten und Vorgangsweisen grundverschieden sind. In den Massenmedien werden die Pame-SchlägerInnen als linke friedliche DemonstrantInnen serviert, die von einem Mob AnarchistInnen angegriffen wurden. Dies ist eine Verschiebung der Tatsachen, die nicht zuletzt durch die Einflussnahme der StalinistInnen auf griechische Machtstrukturen und deren Kooperation zustande kommt. AnarchistInnen und StalinistInnen attackierten sich gegenseitig und der Rest hat auch nicht zugesehen. Dem ist hinzuzufügen, dass die wenigsten hier einen friedlichen Protest sehen wollten. Wen hätte es hier schon gestört das Parlament ein bisschen brennen zu sehen? Eine geballte Ladung Unzufriedenheit quer durch die griechische Gesellschaft entfacht Feuer, Feuer, die niederbrennen wollen was Existiert, komme was wolle.

mir nicht sicher war, ob jetzt tatsächlich alle verkleidet waren. Überhaupt hatte ich das Gefühl, in Jerusalem ist immer ein bisschen Purim. Am Heimweg in den Morgenstunden treffe ich noch auf einen tanzenden Mob, welcher die Straße blockiert. Die Polizei auf Motorrädern hat alle Hände voll zu tun, die Leute mit dem Vorderrad an zu stupsen, um eine Schleuse für die schon mit ArbeiterInnen gefüllten Busse zu fräsen. Das tut der Party jedoch keinen Abbruch, die Busse werden einfach als Trommeln benutzt. Was mir jetzt zum ersten Mal richtig auffällt, ist, dass hier fast ausschließlich Amerikanisch gesprochen wird. Eine junge amerikanische Jüdin fällt mir mit Tränen in den Augen um den Hals. Fragend schaue ich sie an. „Isn´t it great? We are at home! I´m so proud of the people, of our community. This is our holy land…" Ich geh lieber schlafen.

In den nächsten Tagen fällt mir auf, wie präsent der amerikanische Slang hier auf der Straße ist. Tausende junge amerikanische Juden und Jüdinnen sind hierher gezogen, nicht zuletzt durch das scheinbar hervorragend wirkende Birthright Programm. Durch dieses Programm haben jährlich an die zwanzigtausend Menschen, vor allem Mitglieder der amerikanischen jüdischen Gemeinde, die Möglichkeit auf einen gratis Trip ins gelobte Land Israel. Die jungen Reisegruppen besuchen die Klagemauer, die gut und eindrucksvoll gestaltete Schoah-Gedenkstätte Yad Veshem und nicht zuletzt Settlements in der besetzten Westbank. Hier wird äußerst einseitig über das Land erzählt, es wird klar gemacht, wie sehr Israel junge Kräfte braucht und das Leben hier wird ihnen schmackhaft gemacht. Während meiner gesamten Reisezeit begegne ich drei Juden, welche aus dem Birthright-Trip ausgestiegen sind. Obwohl sie in ihrer Heimat nichts von den besetzten Gebieten und den illegalen Siedlungen gehört hatten, begannen sie die Sache vor Ort etwas kritischer zu beäugen und nahmen nicht jedes Wort der ReiseführerInnen für bare Münze.

Amerikanische und andere internationale Beteiligung gibt es auch auf der Freitagsdemo in Sheikh Jarrah, einem Viertel in Ostjerusalem, das zu einem Symbol für die Protestbewegung gegen die Unterdrückung der arabischen Bevölkerung in Israel geworden ist. Jüdische Siedler vertrieben mit Unterstützung der Polizei dort ansässige Araber aus ihren Häusern und quartierten sich selbst ein. Einige arabische Familien blieben hartnäckig und bekamen Unterstützung von zahlreichen Aktivisten, schlugen Zelte vor den Türen auf und bewohnten die unbesetzten Räume der Häuser. Ich besuche die Freitagsdemo, trotz starkem Regen sind die üblichen dreihundert TeilnehmerInnen gekommen. Heute geht der Weg ausnahmsweise nicht zu den SiedlerInnen, denn es geht zum Gefängnis, um gemeinsam die Freilassung eines Aktivisten zu fordern. Dieser wurde am Morgen verhaftet, weil er, den Veranstaltern nach, Videoaufnahmen von Israelischen Soldaten gemacht hatte, die in Ostjerusalem Tränengasgranaten in ein arabisches Wohnhaus geworfen hatten. In dem lauten und bunten Haufen finde ich den Sprecher des Sheikh Jarrah Solidarity Movements. Der Mann mit Kippa im schwarz-roten Solidarity Shirt erzählt mir von den Höhepunkten der Protestbewegung. Bis zu viertausend Menschen aus ganz Israel und dem Rest der Welt seien im März hierher gekommen, einer der bislang größten Aufmärsche, bei welchem PalästinenserInnen und Israelis, AraberInnen und Juden und Jüdinnen gemeinsam auf die Straße gingen. Sie haben genug vom Hass, dem Rassismus, den Kooperationen der Israelischen Regierung mit rechtsextremen SiedlerInnen und nicht zuletzt genug von der Apathie der Israelischen Gesellschaft. Ursprünglich nur von den AraberInnen und den radikalen israelischen Linken getragen, erzählt mir ein junger Anarchist, ist dieser Protest heute eine mehrheitlich bürgerliche Widerstandsbewegung. Radikalere Gruppen konzentrieren sich eher auf die Freitagsdemos in der Westbank, die sich gegen die Besatzung und vor allem mit direkten Aktionen gegen den Grenzzaun und die Mauer richten.

Gewaltfreier Protest in militärischem Sperrgebiet

Auf meiner Suche nach weiteren Widerstandsprojekten in Jerusalem finde ich das AIC Jerusalem, den Ableger des Alternative Information Center in Israel. Nahe der Altstadt, in einem gut ausgestatteten Büro mit kleiner Bibliothek, treffe ich auf allerlei freiwillige HelferInnen und AktivistInnen aus Deutschland, Argentinien, Spanien, Israel und sonst woher. Sie sind unterwegs, um Nachrichten im Bezug auf Palästina in ein realeres Bild zu rücken, als es die meisten der israelischen Medien tun. Sie begleiten Widerstandsaktionen und sitzen im Büro um täglich neue Infos ins weltweite Netz zu werfen.
Im Büro treffe ich auf Judah, es ist Donnerstag und ich erkundige mich bei ihm, ob sich wie üblich ein paar Autos auf den Weg zu den Freitagsdemonstrationen in der Westbank machen. Eh klar, aber besser wäre es, ich würde sie am Samstag in die South Hebron Hills begleiten, da brauchen sie noch internationale Leute. Es geht um einen Zwischenfall mit militanten Siedlern, ein palästinensischer Bauer sei von einem Siedler mit einem Messer in die Brust gestochen worden und das dort stationierte Militär ließe den Tatbestand wie sooft unter den Tisch fallen. Mit einem Solidaritätsspaziergang nahe am Settlement vorbei, soll

Hebron Hills begleiten, da brauchen sie noch internationale Leute. Es geht um einen Zwischenfall mit militanten Siedlern, ein palästinensischer Bauer sei von einem Siedler mit einem Messer in die Brust gestochen worden und das dort stationierte Militär ließe den Tatbestand wie sooft unter den Tisch fallen. Mit einem Solidaritätsspaziergang nahe am Settlement vorbei, soll auf den Fall aufmerksam gemacht werden und gezeigt werden, dass die Augen der AktivistInnen überall seien. Vom Liberty Bell Park in Jerusalem geht's los: drei Kleinbusse, einer davon – was zur Hölle? – mit Österreichfahne an der Heckscheibe, machen sich auf Richtung Hebron, im Süden der Westbank. Wir, eine zum Großteil amerikanisch und israelische Gruppe, passieren den ersten Checkpoint bei Bethlehem, bei der Einreise gibt es keine Kontrolle und kein Problem. Nach einer Stunde Fahrt gibt uns das Späher-Auto die Info, dass ein Flying Checkpoint die Straße blockiert. Eifrig wird überlegt, wie wir den Soldaten ausweichen könnten, die wohl kaum Spaß daran hätten, einer vierzigköpfigen AktivistInnen-Gruppe freies Tun zu gewähren. In der Kurve vor den abgestellten Soldaten verlassen wir die Fahrzeuge und umrunden im Gänsemarsch den Checkpoint, stampfen dabei durch Olivenhaine und begrüßen die verwirrten palästinensischen Bauern. Den Gesichtern nach ein seltenes Schauspiel. Zwei der leeren Busse haben kein Problem am Checkpoint, der Dritte hat Verspätung, als wir ein paar Hundert Meter nach dem Checkpoint wieder auf die Straße zurückkehren. Wir nehmen wieder Fahrt auf, ziehen vorbei an Schafherden und Wachtürmen, die etwas verloren in der Steppe herumstehen. Am Ziel angekommen ist es noch eine Stunde Fußmarsch zum ersten Teilziel, einem Hirtendorf auf einem der vielen kahlen Hügel hier in den South Hebron Hills. Die Sonne brennt herunter, wird aber, dank einer frischen Brise ganz erträglich. Als die Brise würziger wird, wissen wir, dass wir angekommen sind. In dem kleinen Dorf, bestehend aus sehr einfachen Steinhäusern, Zelten und Schafställen, werden wir freudig empfangen und gebeten Platz zu nehmen, auf Steinen oder Matratzen, denn hier wird einfach gelebt. Während uns der Bruder des angestochenen Hirten von den Siedlerübergriffen der letzten Zeit und von der Angst seiner Kinder vorm langen, gefährlichen Schulweg erzählt, bringen uns Frauen heißen Minztee in Plastikbechern. Er wirkt nicht wie ein Propagandaminister von Fatah oder Hamas und ich nehme ihm seine Geschichte ab. Sein Bruder, ebenfalls einfacher Schafhirte, liegt in Hebron im Spital, er ist in einem kritischen Zustand und der Angreifer ist frei, jeder hier weiß wer und wo er ist, aber die Soldaten unternehmen nichts, so der Hirte. Nach dieser Ladung Motivation machen wir uns auf den Weg Richtung Settlement, ein paar Hügel weiter gelegen und gut vom Militär bewacht. Wir teilen uns in zwei Gruppen. Die einen, die weitergehen, wenn die Soldaten das Gebiet zur militärischen Sperrzone erklären und anschließend verhaftet werden und die anderen, die stehenbleiben, nicht festgenommen werden und weiterhin in die Westbank einreisen dürfen. Ich habe keine Lust auf ein ausgemachtes Hausverbot und entscheide mich für die gemütlichere Variante. Als wir in die Nähe des Settlements kommen, erwarten uns schon die Soldaten, schwer bewaffnet treten sie uns entgegen und erklären die Zone zum Sperrgebiet. Die AktivistInnen reden auf hebräisch auf die meist jungen Soldaten ein, es handle sich hier um einen demokratischen Akt, das israelische Militär arbeite absolut demokratiefeindlich und täte alles zum Schutz der rassistischen SiedlerInnen. Ein Teil der Gruppe zieht sich zurück, der andere Teil wird verhaftet. Blöderweise darunter auch einer der Nicht-verhaftet-werden-Gruppe, nämlich derjenige, der den Weg zurück gewusst hätte. Da stehst du nun in der Steppe, das Militär will, dass du dich davon machst und du kennst den Weg nicht. Als dann auch noch ein paar übermotivierte Siedler, jung und alt, mit Stock, Stein und Kampfhunden auf einer Hügelkuppe auftauchen, entschließen wir uns, davon zu spazieren und uns auf unseren Orientierungssinn zu verlassen. Sie begleiten uns noch eine Weile, doch die Sonne steht wohl noch zu hoch am Himmel und sie lassen uns ziehen. Um sechzehn Leute geschrumpft, kehrt die Gruppe letztendlich ohne großen Umweg zum Hirtendorf zurück. Der Hirte, auch mit dabei in der Nicht-verhaftet-werden-Gruppe, bedankt sich noch einmal bei uns für die Solidarität und kutschiert uns am Traktoranhänger zur Hauptstraße. Nicht sicher, ob das Geholper weniger anstrengend als zu gehen war, setzen wir uns wieder in unsere Busse, machen die Klimaanlage an und fahren zurück nach Jerusalem.

Im nächsten Teil folgen weitere Eindrücke vom Trip durch die Westbank.

link: www.alternativenews.org

Fazit

Es wird schnell klar, für wen sozialstaatliche Mechanismen gemacht sind: Für die qua Privateigentum verarmte Mehrheit der Bevölkerung, die außer ihrer Arbeitskraft nichts hat und davon abhängig ist, dass sie diese verkaufen kann. Denn wer über ein Vermögen verfügt, ist auf diese ganzen Regelungen gar nicht angewiesen, denn Vermögende kommen ja erst gar nicht in die missliche Situation, ihre Arbeitskraft unter widrigsten Bedingungen verscherbeln zu müssen.
Was auch schnell klar wird: Dem Staat geht es bei sozialstaatlichen Maßnahmen (die in aller Regel mit Überwachungs- und Disziplinierungsmaßnahmen verknüpft sind) nicht darum, dass er den Leuten „Gutes" tut, sondern darum, jenen Teil der Bevölkerung, der nichts hat außer der Arbeitskraft, dauerhaft für Staat und Kapital nützlich zu halten. Ohne sozialstaatliche Maßnahmen tendiert das System dazu, seine eigene Grundlage zu zerstören: eine fitte ArbeiterInnenschaft, die bereit ist, fremden Reichtum zu mehren (und damit Wachstum, wovon sich der Staat nährt).
Das heißt: Im Sozialstaat geht nicht um die Bekämpfung von Armut, sondern um deren systemnützliche Verwaltung. Denn arm, ganz prinzipiell, sind die Lohnabhängigen ja wegen des Rechts auf Privateigentum.
Der Ruf nach einer „Verteidigung des Sozialstaats" ist daher falsch. Es gälte vielmehr die Abschaffung der Armut zu fordern.

Basisgruppe Gesellschaftskritik (http://geskrit.wordpress.com)
Junge Linke gegen Kapital und Nation (http://junge-linke.org)

Von schlechtgelaunten Taxifahrern und roten Polizisten

Herbst in den Straßen Athens

Der Schein hatte nicht getrügt, Samstag war die Ruhe vor dem Sturm. Nur wenige Tausend Leute hatten sich am Syntagma- Platz versammelt um am 15. Oktober den Tag des weltweiten sozialen Wandels zu feiern. Mit Bier, Hotdog und schlechter Musik auf in eine bessere Welt. Oben vor dem Parlament wehten die griechischen Fahnen, unten am Platz die roten. Alles war friedlich, auch die Staatsgewalt ließ sich nicht blicken und doch waren sich alle einig, dass es diese Woche so richtig krachen wird. Nachdem das Licht der Mainstage ausgemacht wurde, war die Show vorbei und entgegen der Hoffnung einiger Occupy-AnhängerInnen wurde der Platz nicht besetzt. Wozu auch besetzen, wenn sowieso alles brennen wird?

Mittwoch ist der erste Tag des Generalstreiks und schon am frühen Vormittag sind die Straßen im Athener Zentrum bis zu den vorerst noch festsitzenden Randsteinen gefüllt. Die Forderungen und Ziele der ProtestlerInnen sind weitgefächert, vom Aufruf nach nationaler Einheit bis hin zur Abschaffung des kapitalistischen Systems. Verschiedenste Demonstrationszüge aller politischen Ausrichtungen verschmelzen ineinander und so kommt es zur ersten Prügelorgie zwischen DemonstrantInnen. Die Masse wälzt sich langsam in Richtung Syntagma, der schon aus allen Nähten platzt. Auch die Panepistimio und Stadiu sind gut gefüllt, griechische Partisanenmusik schallt aus Lautsprechern einiger besetzter Häuser und lässt erahnen, was der Tag noch bringen soll. Am frühen Nachmittag greifen anarchistische Gruppen Banken und Fastfood-Ketten an, es kommt zu weiteren Auseinandersetzungen mit einigen NationalistInnen, die versuchen die AngreiferInnen einzukesseln. Ein äußerst erfolgloser Versuch die Wütenden zu bändigen, die Lage eskaliert an mehreren Plätzen. In der Akadamias liefern sich einige unzufriedene TaxifahrerInnen, sie hatten schon angedroht, es werde Blut fließen, eine heftige Straßenschlacht mit der Polizei. Ein Zivilpolizist wird enttarnt und entkommt dem lynchmotivierten Mob nur knapp. Nach und nach wird die Innenstadt von Tränengas und beißendem schwarzen Rauch eingenebelt und wer keine Gasmaske und Skibrille besitzt, ist arm dran.

schutz, denn auch diese Ausgaben sind ein Abzug vom Gewinn. Die Pausen sollen so kurz sein als nur möglich usw. Menschen, die aber nichts außer ihrer Arbeitskraft ihr Eigen nennen, haben keine andere Wahl, als sich das gefallen zu lassen, da sie nur durch ihren Job an Geld kommen. Jeder weiß, dass Unternehmen nicht aus Menschenliebe Arbeitsplätze schaffen, sondern weil sie sich Gewinn versprechen. So ein Arbeiter oder eine Arbeiterin muss sich für das Unternehmen rentieren. Insofern ist beim Lohnkampf von ArbeiterInnen immer schon eine systemimmanente Schranke eingebaut, denn der Job ist weg – und damit der Lohn als Existenzgrundlage – wenn die Löhne so hoch sind, dass kein Gewinn mehr rausschaut, der den InvestorInnen passt.

Es wäre aber ein Fehlschluss anzunehmen, dass es dann besser sei, wenn man keinen Job kriegt. Denn wie schon festgestellt, ist der Lohn die Existenzgrundlage der Menschen, die nur sich selbst ihr Eigen nennen. Hat man keinen Job, kriegt man nicht mal 'nen niedrigen Lohn – man hat also gar kein Geld. Das heißt auch, dass sämtliche Bedürfnisse, die man hat, unter den Tisch fallen. Das heißt, im Klartext gesprochen, dass Arbeitslose verhungern – wenn sie nicht auf Freunde oder Familie zurückgreifen können.

Sozialstaat – Retter in der Not?

Wie man sich denken kann, kennt dieses System der Ausnutzung der ArbeiterInnen von sich aus keine Grenzen. Wenn es nach den Unternehmen geht, sollen ArbeiterInnen 80 Stunden die Wochen arbeiten und noch mehr. Aus früheren Zeiten ist das nur allzu bekannt: Da wurden auch gerne billige KinderarbeiterInnen benutzt. In sogenannten Entwicklungsländern schätzen (auch westliche) Unternehmen heute noch die Billigkeit von KinderarbeiterInnen.

Doch nicht nur für die ArbeiterInnen ist diese Grenzenlosigkeit ein Problem. Auch der bürgerliche Staat stört sich daran. Denn durch die Verankerung des Privateigentums wird ein Mechanismus in Gang gesetzt, der auf Dauer das System an sich in Frage stellt – aber wieso?

Wenn Menschen immer länger arbeiten müssen, Arbeitsschutz quasi nicht existent ist und der Lohn im Zuge des Wettbewerbs sinkt, kommt der Zeitpunkt, an dem es für die LohnarbeiterInnen nicht mehr länger möglich ist sich zu reproduzieren – sprich die körperliche Verfassung es nicht mehr möglich macht, zu arbeiten. Damit stünde aber die kapitalistische Wirtschaft still – und genau über diese finanziert sich der bürgerliche Staat.

Der Staat hat noch ein weiteres Problem mit einer grossen Masse an verelendeten Lohnabhängigen. Denn wie rekrutiert er dann Menschen für sein Heer? Also wird auch die Wehrkraft eines Staates durch diese Grenzelosigkeit in Gefahr gebracht.

Und schlussendlich bedrohen soziale Unruhen, Kriminalität und vielleicht auch politische Protestbewegungen gegen verelendende Zustände die Stabilität des Staates.

Aus diesen Gründen hat der bürgerliche Staat ein Interesse daran, den Mechanismus zu begrenzen.

Jetzt aber konkret! – Zwei Beispiele

ARBEITSSCHUTZ

Der bürgerliche Staat verankert einen gesetzlichen Arbeitsschutz, um sicherzustellen, dass die ArbeiterInnen auch in Zukunft noch zum Dienst antreten können – sie sollen nicht schon in jungen Jahren verkrüppelt sein.

Dieser Arbeitsschutz ist jedoch nicht der Kritik entzogen: Der bürgerliche Staat stellt seinen Standort in Wettbewerb mit anderen Standorten, um Kapital anzulocken und damit Wachstum zu befördern. Im Standortwettbewerb ist Arbeitsschutz ein Nachteil. Denn Arbeitsschutz heißt für Unternehmen: Kosten für Arbeitsschutzmaßnahmen, und das ist ein Abzug vom Gewinn.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Wie schon oben festgestellt, kriegt man nur einen Job, wenn es sich für das Unternehmen rentiert. Kriegt man keinen, verhungert man – wenn man nicht auf Familie oder Freunde zurückgreifen kann. Arbeitslosigkeit ist des Weiteren etwas, was zum LohnarbeiterInnen-"Schicksal" dazu gehört: Die Unternehmen stellen ein und kündigen je nach ihren Gewinnkalkulationen. Daran stört sich der bürgerliche Staat nicht, im Gegenteil: durch die Verankerung des Privateigentums etabliert er ja eine Wirtschaftsordnung, in der das Standard ist. Doch die Nebenwirkungen passen dem Staat nicht, nämlich dass die Arbeitslosen sofort verrecken, wenn sie mal über kurze Zeit vom Kapital nicht gebraucht werden. Der Staat will, dass diese Lohnabhängigen auch zukünftig zur Verfügung stehen, und verankert daher eine Arbeitslosenversicherung, die der Überbrückung kürzerer Zeiten der Arbeitslosigkeit dient. Finanziert wird die Versicherung wie folgt: Es wird den ArbeiterInnenn einfach ein Teil des Lohns enteignet (sog. Sozialabgaben), d.h. die Gewinne der Unternehmen bleiben unangetastet.

Wie bei allen sozialstaatlichen Maßnahmen gilt hier: Der Staat kalkuliert permanent, ob sich die Maßnahmen rentieren. Es geht z.B. nicht darum, Arbeitsunfälle ganz zu verhindern, sondern die Devise lautet: So viel wie nötig, so wenig wie möglich! Daher ist der Ruf nach Sozialabbau ein permanenter Begleiter des Sozialstaates. Wie viel Widerstand die Lohnabhängigen gegen Sozialkürzungen leisten geht ebenfalls in diese Rechnung mit ein, ohne sie prinzipiell in Frage zu stellen.

Auf die Finger schauen…

Da die sozialstaatlichen Maßnahmen der Ausnutzung der Lohnabhängigen durch die Unternehmen nützlich sein soll, vermutet der Staat stets einen Missbrauch der Sozialleistungen: Lohnabhängige, die arbeitslos sind, krank oder in Rente, stehen permanent unter Verdacht, sich in hinterlistiger Art und Weise ihrer eigentlichen Aufgabe – Lohnarbeiten – zu entziehen. Daher etabliert der Staat ein Überwachungswesen: Wer Invalidenrente beansprucht, hat sich von zig ÄrztInnen untersuchen zu lassen und wird oft trotz massiver Beschwerden jahrelang hingehalten; Arbeitslosen- oder SozialhilfebezieherInnen haben Besuche von „KundenbetreuerInnen" zu befürchten. Auch im Krankenstand befindliche werden manchmal mit Besuchen beglückt.

Den Sozialstaat verteidigen? Nein – Armut abschaffen!

Der Sozialstaat hat bei einigen Menschen (und vielen Linken) einen guten Ruf. Ihn gälte es zu verteidigen und auszubauen, um zu einem guten Leben für alle zu kommen. Die wenigsten Leute versuchen sich hingegen zu erklären, welchen Zweck der Staat mit seinen sozialen Maßnahmen verfolgt.

Um sich den Sozialstaat zu erklären ist zunächst die Frage wichtig: Wieso braucht es ihn überhaupt? Weil es so viel Armut gibt. Doch wieso gibt es so viel Armut? Die Antwort darauf ist weniger leicht zu geben. Denn objektiv betrachtet ist die Welt voller Reichtum: Die Bäckereien sind bis oben gefüllt, es gibt eher ein Überangebot an Mode als Mangel, Saturn und MediaMarkt sind voll mit dem neuesten technischen Schnickschnack, Konzerne kämpfen teilweise mit Absatzschwierigkeiten. Wo liegt also das Problem?

Problem: Recht auf Eigentum

Das Problem ist das Recht auf Privateigentum, das den bürgerlichen Staat kennzeichnet. Recht auf Privateigentum heißt: Ich kann mit dem, was ich mein Eigentum nenne, verfahren, wie ich will. Andere haben da nicht mitzureden. Das heißt: die Anderen sind ausgeschlossen von der Verfügungsgewalt.

Die Verfügungsgewalt über Sachen wird in der Regel genutzt, um andere zu erpressen. Es heißt dann z.B., „Entweder du gibst mir so und so viel Geld, oder ich lasse meine Wohnung weiter leer stehen."

Dieses Erpressungsverhalten stellt jedoch keine Bösartigkeit von Menschen dar. Wenn ich über eine Wohnung verfüge, fehlt mir doch einiges anderes, um überleben zu können (Nahrung, Kleidung, …). Beim Versuch, an diese Notwendigkeiten zu kommen, werde ich selber erpresst.

Bei all den gegenseitigen Erpressungen werden die Bedürfnisse der Mitmenschen ausgenutzt, um so an Geld zu kommen und darüber wieder Zugriff auf das zu haben, von dem man selber ausgeschlossen ist. Dieses System umfassender Erpressung ist sehr ungemütlich. Statt gemeinsam zu schauen, wie man Bedürfnisbefriedigung am besten bewerkstelligt, erpressen sich alle gegenseitig – klar, da ist an ein angenehmes Miteinander kaum zu denken.

Klar ist auch: Diejenigen, denen man gar kein Geld abpressen kann, bleiben auf der Strecke. Denn wenn der Zweck der Erpressungen der Gelderwerb ist, dann fallen die Bedürfnisse der Menschen, die überhaupt keines haben, automatisch unter den Tisch.

Es kommt noch schlimmer: Lohnarbeit

Zu dieser ungemütlichen Angelegenheit gesellt sich noch weiteres: Die Mehrheit der Menschen verfügt kaum über Eigentum. Sie sind durch das Recht auf Privateigentum vollkommen verarmt, weil ausgeschlossen von allem stofflichen Reichtum (nützliche Sachen). Das einzige Eigentum, das die Mehrheit ihr Eigen nennt: „Ich hab' mich". Doch wie mithilfe dieses Eigentums an Geld kommen, das man benötigt, um an Brötchen und Obdach zu kommen (man kriegt das alles ja nur, wenn man den jeweiligen Eigentümern Geld rüberschiebt)? – Man kann versuchen, die eigene Arbeitskraft zu verscherbeln.

Während mir nach dem Verkauf einer gewöhnlichen Ware egal ist, was mit ihr danach geschieht, ist das bei der Ware Arbeitskraft ganz anders: Denn die Arbeitskraft gibt es nicht losgelöst vom jeweiligen Menschen. Wenn eine Arbeitskraft geschädigt wird, dann ist das identisch mit einer Schädigung des jeweiligen Menschen.

Aus einem weiteren Grund ist die Arbeitskraft eine einzigartige Ware: Sie ist die Quelle allen stofflichen Reichtums. Das Brötchen kann keine Straße bauen, aber Menschen können das, indem sie arbeiten. Mithilfe der menschlichen Arbeitskraft werden Brötchen gebacken, Häuser errichtet, Hosen genäht etc.

Und diese Eigenschaft, Quelle an stofflichen Reichtums zu sein, erklärt, warum es Käufer für die Arbeitskraft gibt: Unternehmen kaufen Arbeitskräfte, damit die Arbeiter dann unter ihrem Kommando Waren erzeugen; die erzeugten Waren sollen dann mit Gewinn verscherbelt werden.

Was wie eine Win-win-Situation aussieht, ist in Wahrheit ein knallharter Gegensatz: Die Arbeiter wollen und brauchen so viel Lohn als möglich, damit sie an Essen, Obdach und andere nützliche Dinge rankommen. Die Unternehmen wollen aber so wenig Lohn als möglich zahlen, denn Lohnkosten sind immer ein Abzug vom Gewinn.

Das Ganze wird noch weiter verschärft: Denn ein Unternehmen ist nicht alleine, sondern hat in der Regel Konkurrenz. Diese Unternehmen konkurrieren gegeneinander um die gesellschaftliche Zahlungsfähigkeit – also Geld. Enorm wichtig in der Konkurrenz sind die Lohnstückkosten (= Lohnkosten pro Warenstück). Wer diese senkt, kann sein Produkt billiger verkaufen und somit mehr Zahlungsfähigkeit auf sich ziehen – die Konkurrenz verliert. Doch natürlich versucht die Konkurrenz wieder aufzuholen: durch Senkung der Lohnstückkosten.

Das heißt: Unternehmen senken Lohnstückkosten kontinuierlich, um damit dauerhaft in der Konkurrenz gut dazustehen. Das ist für die ArbeiterInnen ausgesprochen unerfreulich – mehr noch: Es ist existenzbedrohend. Denn mit dem Lohn müssen die ArbeiterInnen ja ihr Leben bestreiten.

Unternehmen wissen auch sonst Kosten zu senken: Sie sparen beim Arbeits-

DI 01. 11. SUB KINOKI FILMABEND: TOTSCHWEIGEN

RECHNITZ IST EIN KLEINER ORT IM BURGENLAND, DIREKT AN DER UNGARISCHEN GRENZE. IM SOMMER 1990, EIN HALBES JAHR NACH DEM FALL DER BERLINER MAUER UND DES EISERNEN VORHANGS, BEGANN DIE ARBEIT AN DEM FILM TOTSCHWEIGEN - SIE SOLLTE SICH BER FAST VIER JAHRE ERSTRECKEN. SUCHE NACH DEM MASSENGRAB WAS ALS DOKUMENTARFILMPROJEKT BEGANN, ΔNDERTE SICH IM VERLAUF DER ERSTEN DREHPHASE IM NOVEMBER 1990.

TERMITEN 11/11

SA 05.11. 10.00 LKH MüLLN

ABTREIBUNGSGEGNERINNEN
ΔRRRRRGERRRRN

MI 09.11. 19.00 SUB DISKUSSION "ÜBERFLüSSIGE"

IMMER WIEDER HΦRT UND LIEST MAN VON "ÜBERFLÜSSIGER BEVΦLKERUNG". SARRAZIN HAT VON "ÜBERFLÜSSIGEN" GESCHRIEBEN, UND AUCH IN BEZUG AUF DIE "DRITTE WELT" SPRICHT SO MANCHE_R DAVON, DASS ES ZU VIELE MENSCHEN GΔBE UND MAN DIESE NICHT "BRAUCHEN" KΦNNE. ABER WAS HEIßT DAS DENN: MAN "BRAUCHT" EINEN? WOFÜR DENN? UND WER BESTIMMT DENN, WIE VIELE MENSCHEN ES BRAUCHT? WER IST DAS "MAN", DAS EINE_N BRAUCHT ODER NICHT BRAUCHT?